

Mindestlohn für Bauern

MÜNSINGEN-HUNDERSINGEN. Alle haben dasselbe Ziel. Die Milcherzeuger in der Region sollen durch ihre Arbeit die Kulturlandschaft erhalten, und sie sollen angemessene Preise bekommen. Das fordern Grünen-Politiker wie der agrarpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, Friedrich Ostendorff, die Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke und Landtagskandidat Dominic Esche unisono mit Andreas Heidecker und Frank Siefert, beide Bund Deutscher Milchviehhalter, Münsingen. Der Meinung ist auch der Deutsche Bauernverband. Dennoch sind die Wege zum Ziel verschiedene.

Modelle nach der Milchquote

Fordert der Bund der Milcherzeuger ein Nachfolgemodell mit Erzeugermitbestimmung, wenn die Milchquote als Instrument für die Mengenbegrenzung in der EU nach 2015 fällt, setzt der Bauernverband auf Vertragsgestaltungen innerhalb der europäischen Molkereigenossenschaften. »Die Molkereien werden ihre Kooperation verbessern müssen«, sagte Gebhard Aierstock, als Chef des Kreisbauernverbands an der abendlichen Podiumsdiskussion dabei.

Für eine flexible Mengensteuerung votiert hingegen der Bund der Milchviehhalter. »Der freie Markt funktioniert nicht«, konstatierte Diskussteilnehmer Frank Siefert bei der Besichtigung des Stalls von Andreas Heidecker vorab. Siefert kritisiert am Bauernverbandsmodell: »Die Molkereien wollen billig einkaufen.« Deshalb solle eine europäische Monitoringstelle die Mengensteuerung übernehmen. Siefert: »Dass der Markt auf bloße Ankündigungen reagiert, ist längst erwiesen.«

Diplomatisch der Dritte auf dem Podium: Friedrich Ostendorff, Bauer aus Nordrhein-Westfalen und Grünen-Bundestagsabgeordneter: »Es geht darum die Betriebe auf der Alb zu erhalten, ihnen ein Auskommen zu sichern.« Das unterstrich die Fraktionskollegin aus Reutlingen. »Wir führen eine Mindestlohndebatte, das muss auch für die Milchbauern gelten.« Dominic Esche forderte bei dieser Gelegenheit, die Nahrungsmittelerzeugung in der Bildung zu verankern, um so Verbraucherbewusstsein für die regionale Landwirtschaft zu schaffen.

Geld für Leistungen statt Hektar

Da zum Auskommen lange schon Ausgleichszahlungen für fast alle Landwirtschaftsbetriebe in der EU gehören, hält es Ostendorff, ganz Oppositionspolitiker, mit den Reformvorschlägen von EU-Agrarkommissar Ciolos, öffentliches Geld an öffentliche Leistungen zu koppeln. Damit hätten die Großbetriebe das Nachsehen, weshalb Agrarministerin Aigner am Bestehenden festhalten wolle. Ostendorff: »Es geht doch schließlich darum, wie es hier weitergeht.« (jsg)